

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 17 (1991)

Heft: 2

Artikel: "Dealignment" oder neue Integrationsbereitschaft? : Aktuelle
Entwicklungstendenzen im Anhängerbestand schweizerischer
Kommunalparteien

Autor: Geser, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-814856>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**„DEALIGNMENT“ ODER
NEUE INTEGRATIONSBEREITSCHAFT?
AKTUELLE ENTWICKLUNGSTENDENZEN IM ANHÄNGER-
BESTAND SCHWEIZERISCHER KOMMUNALPARTEIEN**

Hans Geser

Soziologisches Institut der Universität Zürich,
Rämistrasse 69, 8001 Zürich

1. Einleitung

Seit Mitte der 60er Jahre in der amerikanischen Wählerschaft zum erstenmal ein Schwinden stabiler, über Generationen hinweg transportierter Parteiloyalitäten („dealignment“) beobachtet wurde (vgl. z. B. Pomper, 1977; Inglehart/Hochstein, 1972), glaubt man in den meisten westlichen Ländern zumindest eine wachsende Destabilisierung der Parteianhängerschaften (vgl. z. B. Dalton et al. 1984, 10), wenn nicht gar einen säkularen Bedeutungs- und Funktionsverlust politischer Parteien schlechthin (Smith, 1984; Eldersveld, 1982, 24; Schneider, 1984; Lehner, 1979) zu registrieren.

Bei genauerem Hinsehen stützen sich derartige Behauptungen in überwiegender Masse auf Beobachtungen und Forschungsergebnisse, die sich auf Entwicklungen an der *äusseren Peripherie* von Parteianhängerschaften beziehen.

So gibt es kaum mehr Zweifel darüber, dass in den meisten westlichen Demokratien der Anteil von „Wechselwählern“ zunimmt, die sich über ihre Parteipräferenzen anlässlich jeder Wahl erneut eine Meinung bilden und dadurch dazu beitragen, dass Wahlausgänge variabler und unvorhersehbarer werden und/oder dass neue, noch wenig etablierte Parteien eine ungeahnte Konjunktur erhalten (vgl. Pappi, 1977; Plasser, 1987, 124, 140 ff.; Dalton et al., 1984, 3 ff.).

In der Schweiz wird diese Entwicklung beispielsweise daran sichtbar, dass seit Beginn der 60er Jahre die Zahl der Panaschierstimmen zugenommen hat und die Stimmenverhältnisse sich auf Kosten der grossen Regierungsparteien zu den kleineren Gruppierungen hin verschoben haben (vgl. Joye/Papadopoulos, 1986; Longchamps, 1987).

Ähnlich evidente Forschungsergebnisse sprechen dafür, dass dieser Destabilisierung des Wahlverhaltens eine gewisse Reduktion im Ausmass subjektiver „Parteiidentifikation“ entspricht. So stieg seit Beginn der 70er Jahre in vielen europäischen Ländern der Anteil jener Wähler, die sich innerlich an keine Partei gebunden fühlen oder ihre Loyalität zumindest dann aufkündigen, wenn sie mit den sachpolitischen Positionen „ihrer“ Partei nicht mehr einverstanden sind (vgl. z. B. Plasser, 1987, 124).

Aus den periodisch wiederholten UNIVOX-Befragungen (die wegen des geringen Stichprobenumfangs allerdings mit erheblichen statistischen Fehlern behaftet sind) kann man schliessen, dass sich diese Entwicklung gegenwärtig auch innerhalb der schweizerischen Wählerschaft vollzieht:

- 1) Zwischen 1981 und 1988 hat sich der Anteil der Bürger, die sich mit irgendeiner politischen Partei identifizieren, um rund 10% (von 57% auf 48%) reduziert (Longchamps/Linder, 1989). Im internationalen Vergleich rangiert die Schweiz damit tiefer als die meisten anderen westlichen Demokratien (Plasser, 1987, 154).
- 2) Die Anhängerschaft der vier Bundesratsparteien hat sich dabei überdurchschnittlich stark (von 48% auf 32%) verringert. Am frühesten und stärksten betroffen wurden bisher die Sozialdemokraten, die beinahe eine Halbierung ihrer Anhängerbasis (von 17% auf 9%) hinnehmen mussten, und an zweiter Stelle die CVP. Erst seit 1984 zeigen sich Schwundtendenzen in der FDP, während die SVP bisher kaum betroffen wurde (Longchamps/Linder, 1989).
- 3) Bis 1987 wurden diese Verluste der grossen Parteien wenigstens teilweise durch Zugewinne kleinerer Parteien kompensiert. Seither scheint dieser Trend gestoppt, und sowohl die Anteile der Regierungsparteien wie auch die Prozentsätze parteigebundener Bürger haben sich stabilisiert oder gar wieder etwas erhöht (Longchamps/Linder, 1989).
- 4) Weil die Parteibindungen innerhalb der jüngsten Wählergruppen besonders niedrig sind, sind auch in Zukunft weitere Erosionstendenzen zu erwarten (Longchamps, 1987). Allerdings bleibt ungewiss, wieviele jüngere Bürger, die momentan ein problemzentriertes politisches Engagement (in Sozialbewegungen, Initiativgruppen u. a.) vorziehen, sich in späteren Phasen ihres Lebenszyklus den politischen Parteien zuwenden werden (vgl. Uehlinger, 1985, 135 ff.).
- 5) Während sich nur gut 20% aller parteigebundenen Männer mit einer der kleineren, nicht im Bundesrat vertretenen Parteien identifizieren, sind es bei den parteigebundenen Frauen fast 30% (Longchamps, 1987). Man mag deshalb vermuten, dass die Einführung des Frauenstimmrechts eine Mitursache für die neueren „Fraktionalisierungen“ im Schweizerischen Parteiensystem darstellt, die sich in einer wachsenden Zahl von im Parlament ver-

tretenen Gruppierungen (und einem noch stärkeren Anwachsen der Zahl von Wahllisten) manifestieren.

Die Gemeinsamkeit all dieser Befunde besteht darin, dass sie über Entwicklungen innerhalb einzelner Parteien (bzw. des Parteiensystems insgesamt) nur sehr partielle Aufschlüsse vermitteln, weil sie der komplexen Mehrschichtigkeit von Parteianhängerschaften und Parteiorganisationen zu wenig Rechnung tragen.

So stösst die Frage nach der „Grösse“ einer politischen Partei (und deren Veränderung im Zeitablauf) auf immense Schwierigkeiten der empirischen Operationalisierung, weil es im Vergleich zu allen betrieblichen Organisationen (Firmen, Verwaltungen u. a.), ja selbst im Vergleich zu den meisten übrigen freiwilligen Vereinigungen und Verbänden viel schwieriger ist, zwischen „innen“ und „ausen“ dichotom zu differenzieren (Schlesinger, 1968, 432; Wiesenthal, 1984, 81).

Anstatt als „Systeme“ müssen Parteien viel eher als „soziale Felder“ beschrieben werden, bei denen sich um ein „Gravitationszentrum“ von Führungspersonen Anhängergruppen mit kontinuierlich abnehmendem Mass an subjektiver Identifikation und objektiver Einsatzwilligkeit (formelle Amtsträger, regelmässige Aktivisten, gelegentlich Aktivierte, Sympathisanten, Stammwähler usw.) gruppieren (Güllner/Marvick, 1977; Geser, 1987, 39 f.).

Insbesondere ist „formale Mitgliedschaft“ als Abgrenzungskriterium völlig ungeeignet, weil einerseits meist auch Nichtmitglieder signifikante Unterstützung (z. B. in der Form von Wahlkampfspenden) leisten und andererseits sich die Mitglieder in ihrem Grad an faktischer Partizipation drastisch unterscheiden.

Veränderungen im Umfang von Parteianhängerschaften können aus diesem Grunde niemals mittels einer einzigen Masszahl beschrieben werden, sondern nur in termini eines *Variablenprofils*, das die unabhängigen Entwicklungen in den verschiedenen Segmenten dieser konzentrischen Feldstruktur angemessen zur Geltung bringt.

So gibt es Fälle, wo – wie z. B. in den grossen österreichischen Parteien seit den 50er Jahren – der „harte Kern“ der Parteiaktivisten konstant bleibt, während die peripheren Parteianhängerkreise bedenklich wegerodieren (Plasser, 1987, 140).

Umgekehrt kann eine Gruppierung – wie z. B. die „Grünen“ in der BRD – temporär einen überraschend hohen Zufluss von Wählergunst und Spenden erfahren, ohne ihre schmale Basis an Aktivisten wesentlich zu expandieren (vgl. z. B. Poguntke, 1987).

Deshalb ist fraglich, ob sich die These, dass die Anhängerbasis der Parteien erodiere und instabiler werde, auch dann aufrechterhalten lässt, wenn man das Augenmerk von den peripheren Wählersegmenten auf die engere Sphäre der Parteimitglieder und Parteiaktivisten verschiebt.

Die hier verfügbaren empirischen Befunde sind – weil der hypertrophisch expandierten Wählerforschung keine ähnlich umfangreiche komparative Parteiforschung gegenübersteht – viel weniger zahlreich, und sie liefern ein zu gängigen Vorstellungen des „dealignment“ eher kontrastierendes Bild.

So ist in Westdeutschland der Prozentsatz der „zu einem Parteibeitritt bereiten“ Bürger zwischen 1953 und 1979 dramatisch angestiegen (Küchler, 1982) und die Zahl der formellen Mitglieder hat sich (insbesondere in der CDU) seit 1970 sehr stark erhöht (Plasser, 1987, 116). Auch in Österreich gibt es keine Anzeichen für ein Schrumpfen der Mitgliederbasis, und der Prozentsatz der aktiv engagierten Mitglieder blieb (zwischen 1978 und 1985) ungefähr konstant (Plasser, 1987, 140). Dem stehen allerdings die Befunde von Joye/Papadopoulos gegenüber, wonach das „kognitive politische Interesse“ der Schweizer Bevölkerung zwischen 1975 und 1985 zugenommen hat, die politische Aktivitätsbereitschaft (z. B. zur Teilnahme an Wahlkampagnen) sich jedoch eher verringerte (Joye/Papadopoulos, 1986, 60).

Unbestritten ist die Tatsache, dass seit etwa 1960 ein disproportional starkes Anwachsen verschiedenster Formen „unkonventioneller“ politischer Betätigungen ausserhalb organisierter Parteien beobachtet werden kann und dass in rascher Folge zahlreiche Bewegungs- und Initiativgruppen mit spezifischen (z. B. umweltpolitischen) Zielsetzungen aufgetreten sind, die das politische Aktivitätspotential jüngerer Alterskohorten in grossem Ausmass absorbieren.

Die z. B. von Guggenberger (und vielen anderen) vertretene These, wonach diese Entwicklung ihre Schubkraft aus Unzufriedenheit mit etablierten Parteien gewinne und sich deshalb auf ihre Kosten oder gar in Opposition zu ihnen vollziehe (vgl. Guggenberger, 1982, 190 ff.), kann heute keineswegs mehr aufrechterhalten werden (vgl. Kaase, 1982, 173 ff.). Denn es hat sich gezeigt, dass zwischen problemzentrierten politischen Engagements und Parteiarbeit eher komplementäre (statt substitutive) Beziehungen bestehen (Uehlinger, 1985, 135 ff.), und dass simultane Teilnahmen an Parteien und Sozialbewegungen eher die Regel als die Ausnahme bilden (vgl. Engeler, 1986, 225 ff.).

Im Unterschied zu den rein repräsentativen politischen Demokratien anderer westlicher Länder ist es in der Schweiz natürlich keineswegs neu, dass politisch hoch aktivierte Bürger ihr Engagement zwischen Parteiarbeit und Betätigungen in Rahmen direkt-demokratischer Kanäle (z. B. im Rahmen von Referendumskomitees, Einwohnerversammlungen etc.) sowie auf der Ebene

von Interessenverbänden aufteilen, um ihre politischen Anliegen optimal zu fördern. Immer schon war das Aktionspotential sozialdemokratischer Parteisektionen dadurch eingeschränkt, dass viele linksorientierte Mitglieder es lohnender fanden, ihre knappe Zeit vorrangig in gewerkschaftliche Arbeit zu investieren; und momentan stehen beispielsweise den „Grünen“ derart zahlreiche Aktionsgruppen und Verbände mit spezifischen umweltpolitischen Zielsetzungen zur Verfügung, dass ihr Engagement in der „Grünen Partei“ häufig darunter leidet (Peter, 1990, 30).

Andererseits bedeutet aber gerade das Faktum, dass die Schweiz ein im internationalen Vergleich ausserordentlich stark ausdifferenziertes Parteiwesen (mit über 100 kantonalen und über 5500 kommunalen Parteiorganisationen) besitzt, dass zwischen den verschiedenen Sphären politischer Aktivität eher komplementäre Synergieeffekte (anstatt kompetitiver Nullsummenverhältnisse) bestehen. So kann beispielsweise manche(r) junge(r) Bürger(in) im Rahmen informeller Initiativgruppen und Sozialbewegungen politische Fähigkeiten und Kenntnisse erwerben, die er/sie nachher im formelleren Kontext einer politischen Partei nutzbringend anwenden kann.

Wahrscheinlich hat die leichte Zugänglichkeit *direkt-demokratischer Formen politischer Partizipation* zur Folge, dass die aktive Parteianhängerschaft geringeren zeitlichen Fluktuationen als in andern Ländern unterliegt. Denn durch ihre „Ventilfunktion“ können die direkten Volksrechte dafür sorgen, dass eine allgemeine politische Aufbruchstimmung keineswegs in einer entsprechenden Zunahme parteiinterner Aktivierung ihren Ausdruck findet und etwaige „Verdrossenheit“ mit den politischen Verhältnissen sich ebensowenig in einem Exodus aus den Parteien manifestiert (vgl. Neidhart, 1986, 44).

Ähnlich stabilisierend wirkt das bei der Konstituierung aller exekutiven Behörden leitgebende *Konkordanzprinzip*, das (mit-)regierende Parteien davon entlastet, die volle Verantwortung für politische Entscheidungen (und deren Auswirkungen) zu übernehmen.

Dieser plausiblen These widerspricht allerdings die Tatsache, dass sich der politische Wandel in der Schweiz während der letzten Jahrzehnte verstärkt über eine Dynamisierung und Fraktionalisierung der Parteienverhältnisse vollzogen hat. So haben sich in reger Folge neue Gruppierungen von nationaler Reichweite (Republikaner, Nationale Aktion, POCH, Grüne, Autopartei u. a.) konstituiert, und auf kommunaler Ebene sind vielerlei rein lokale Parteiassoziationen (vom Typus „Pro X-Wil“) mit meist ökologisch geprägter Zielrichtung entstanden, die sich selbst in durchaus kleinen Gemeinden auf eine hinreichend umfangreiche und dauerhafte Trägergruppe verlassen können.

Ihre Entstehung und Expansion mag als Beleg für die Hypothese gelten, dass sich der Schwerpunkt politischer Aktivitätsbereitschaft momentan von zielunspezifischer Parteiarbeit zu zweckspezifischen Engagements hin verschiebt (vgl. Guggenberger, 1980; Uehlinger, 1985, 135). Ihr neulich zu beobachtendes Stagnieren oder gar Verschwinden (z. B. im Falle der POCH) mag wahlweise dadurch erklärt werden, dass diese neuen Mobilisierungsbereitschaften – ungeachtet ihrer Intensität – grundsätzlich themenspezifisch und deshalb transitorisch bleiben oder dass das Pendel gegenwärtig wieder zu den etablierten Grossparteien ausschlägt.

Angesichts dieser offensichtlich verwirrend-komplexen Konstellation von Entwicklungen besteht ein dringender Bedarf nach Forschungen, die über aktuelle Veränderungen im Bestand aktiver Parteianhänger Auskunft geben. Denn von diesen Wandlungen hängt es ab, inwiefern die politischen Parteien auch zukünftig in der Lage sind, ihre zentralen Funktionen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einerseits und der politischen Ämterrekrutierung andererseits zu erfüllen in einer Weise, die der wachsenden Diversität und Komplexität politischer Problemlagen gerecht wird.

Vor allem erhebt sich die Frage, ob es überhaupt übergreifende, das gesamte Parteiensystem umfassende Entwicklungsmuster gibt, oder bloss Sonderentwicklungen, in denen sich Ansätze zu zukünftigen Gewichtsverlagerungen in der Parteienlandschaft manifestieren.

2. Fragestellung der empirischen Untersuchung

Die nachfolgend dargestellten empirischen Befunde stammen aus einer im Winter 1989/90 durchgeführten schriftlichen Fragebogenerhebung, in die die Präsidenten aller schweizerischen Lokalparteien einbezogen wurden.

Auf der Basis aller verfügbaren Adresslisten (die meistens von den Kantonalparteien zur Verfügung gestellt wurden) wurde ein Universum von 6100 formell konstituierten Gruppierungen mit Partei- (oder parteiähnlichem) Charakter eruiert, von denen aber schätzungsweise 800 in dem Sinne nicht „existieren“, als sie keinerlei kommunalpolitische Aktivität entfalten.

Daraus darf geschlossen werden, dass die 2614 zurückgesandten Fragebogen knapp die Hälfte des gesamten realen Universums ausmachen. Trotz einiger systematischer Ausfälle (z. B. als Folge einer geringeren Partizipationsbereitschaft der Westschweizer Parteien oder des „Grünen Bündnisses“) bietet die verfügbare Stichprobe eine ausreichende Basis, um auf die Verhältnisse im gesamten schweizerischen Parteiensystem zu schliessen.

Unter anderem mussten die Präsidenten zur Frage Stellung beziehen, ob (a) die Zahl ihrer *weiblichen* Parteiaktiven und (b) die Zahl ihrer *männlichen* Parteiaktiven innerhalb ihrer Ortspartei während der letzten fünf Jahre angewachsen, gesunken oder gleichgeblieben sei.

Als „Aktive“ wurden dabei jene Anhänger definiert, die „regelmässig an den Parteiversammlungen teilnehmen und ‚im Prinzip‘ für irgendwelche Formen der Mitarbeit in der Partei zur Verfügung stehen“.

Dadurch profilieren sie sich

- einerseits gegenüber der präziser eingrenzbaren Gruppe der „Mitglieder“, die durch Unterschrift ihren Eintritt deklariert haben und in der Regel zur Entrichtung regelmässiger Jahresbeiträge verpflichtet sind (ca. 33% aller Parteien kennen allerdings keinen formellen Mitgliedschaftsstatus);
- andererseits gegenüber dem viel unschärfer begrenzten Kreis von „Anhängern“ (inkl. „Interessenten“ oder „Sympathisanten“), zu denen all jene Gemeindebürger(innen) gehören, die jeweils zu Parteiversammlungen eingeladen werden.

Immerhin 96% der Befragten (2511) waren bereit (bzw. in der Lage), über die Entwicklungstendenzen bei weiblichen wie bei männlichen Parteiaktiven Angaben zu machen.

Natürlich setzt dieser Indikator der Aussagekraft der vorliegenden Untersuchung insofern Grenzen, als er nur über die Richtung des Mitgliederwandels, nicht aber über dessen quantitatives Ausmass Auskunft gibt. Überdies liesse sich einwenden, dass er insofern nur eine beschränkte Validität beanspruchen dürfe, als von Parteipräsidenten nicht erwartet werden könne, ganz ohne Beschönigung über die Entwicklung „ihrer“ aktiven Anhängerschaft zu berichten. Darauf wäre zu antworten, dass derartige Effekte der „social desirability“ bei schriftlichen Befragungen erfahrungsgemäss weniger Gewicht haben als bei mündlichen Interviews, und dass wenigstens komparative Analysen von einer derartigen Bias nicht sonderlich berührt werden, falls man eine invariante „Beschönigungsneigung“ unterstellt.

Schwerer wiegt wohl die Vermutung, dass sehr passivierte oder in Auflösung begriffene Gruppierungen im Sample stark unterproportional vertreten sind, weil deren Präsidenten auf die meisten gestellten Fragen keine Antwort zu geben wussten. Dieser Ausfall betrifft aber vorwiegend die Lokalparteien sehr kleiner Gemeinden, die bei einer quantifizierenden Hochrechnung des Gesamttrends kaum ins Gewicht fallen würden.

Die Einschränkung der Analyse auf die unterste, kommunale Ebene der Parteiorganisation mag insofern befremden, als lokales Parteiverhalten

erfahrungsgemäss seinen eigenen Regeln und Entwicklungen folgt (vgl. z. B. Plasser, 1987, 48) und Wandlungen im Bestand jener „höheren“ Parteieliten nicht ins Blickfeld kommen, die ausschliesslich auf Kantons- oder Bundesebene ihre Aktivität entfalten.

Andererseits gibt es aber mindestens drei stichhaltige Gründe, die eine Fokussierung auf lokale Parteisektionen nahelegen.

Erstens ist in methodologischer Hinsicht zu bedenken, dass die überlokalen Parteiorganisationen häufig nicht einmal über ihre formellen Mitgliederbestände Bescheid wissen und dementsprechend noch viel weniger in der Lage sind, sich über Veränderungen in der Zahl der Parteiaktiven auf dem Laufenden zu halten. Dieses Wissen fällt weit weg von den Parteizentralen innerhalb der einzelnen Ortssektionen an, deren Präsidenten beispielsweise am Besuch von Parteiversammlungen, an der Teilnehmerzahl von Arbeitsgruppen oder an der Kandidatenauswahl für öffentliche Ämter gut erkennen, auf wieviele aktive Anhänger(innen) sie zählen können. Höchstens bei einigen Grossstadtparteien mag sich dieses Wissen noch weiter nach unten in die Kreissektionen verschieben, deren innere Entwicklung der städtische Parteivorstand ebenfalls nicht mehr hinreichend überblickt.

Zweitens ist eine Erfassung *kommunaler* Anhängerbewegungen auch sinnvoll, weil man sie als *Frühindikatoren für die zukünftige Entwicklung der Gesamtpartei* verwenden kann. Denn weil sich auf der Ebene der Ortssektionen die *primäre Rekrutierung und primäre Sozialisation* junger, politisch noch unerfahrener Bürger vollzieht (vgl. Geser, 1987, 4), bedeutet ein Anwachsen der Anhängerschaft, dass die Kantonal- und Bundespartei in Zukunft auf ein grösseres Potential von Personen abstützen kann, die mit den Werten und Zielen der Partei vertraut sind, ihre Anliegen mittragen und allenfalls auch für Ämter auf überlokaler Ebene zur Verfügung stehen.

Umgekehrt muss eine Partei bei drastischem Rückgang kommunaler Aktivistinnen damit rechnen, dass sie – selbst bei genügendem Wählererfolg – in den nächsten Jahrzehnten aus Mangel an einsatzwilligen Wahlkämpfern und geeigneten Kandidaten Mühe haben könnte, ihre bisherigen Bastionen zu halten.

Und *drittens* bieten sich dank der Vielzahl und Vielgestaltigkeit der lokalen Ortssektionen günstige Voraussetzungen für die Beantwortung der Frage, unter welchen Voraussetzungen es politischen Parteien momentan mehr oder weniger gut gelingt, zusätzliche Anhänger anzuziehen (bzw. bisherige nicht zu verlieren).

Aus diesen Gründen erscheint das vorliegende Datenmaterial geeignet, sowohl über die jüngsten Entwicklungen im Gesamtbestand schweizerischer Parteianhänger als auch über quantitative Verschiebungstendenzen zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen Aufschluss zu gewinnen.

Vor allem bietet es sich zur Überprüfung folgender Hypothesen an, die in der internationalen Diskussion über den Wandel westlicher Parteiensysteme im Vordergrund stehen:

- 1) Gibt es auch in den engeren Kreisen aktiver Parteimitglieder Schrumpfungstendenzen, die der unbestreitbaren Abnahme der Zahl der peripheren Anhänger und Stammwähler parallel laufen würden?
- 2) Inwiefern dominiert bei der Entwicklung der Anhängerbestände ein generalisierter, alle Parteien umfassender Trend, und inwiefern stehen parteispezifische Sonderentwicklungen im Vordergrund, in denen neuere Tendenzen des gesellschaftlichen Wertwandels (z. B. in der Richtung auf ökologische oder neokonservative Orientierungen) zum Ausdruck kommen?
- 3) Gibt es den häufig beschworenen Trend zu einem sachspezifischeren und an „persönlicher Betroffenheit“ orientierten politischen Engagement, der in einer Präferenz für monothematische und auf rein lokaler Ebene agierende politische Gruppierungen sichtbar würde?
- 4) Stimmt es, dass neu hinzukommende (d. h. meist jüngere) Aktivisten besonders stark an basisdemokratischer Partizipation interessiert sind und deshalb jene Gruppierungen meiden, in denen ein hoher Grad an Formalisierung und Oligarchisierung besteht?

Im Falle der Schweiz erhalten all diese Fragen einen besonderen Akzent aufgrund der Tatsache, dass erst seit der Einführung des Frauenstimmrechts (1971) eine parteipolitische Mobilisierung der Frauen in Gang gekommen ist, deren Auswirkungen auf die Parteienlandschaft nun bereits deutlich erkennbar sein sollten. Trifft beispielsweise die Hypothese von Longchamps (1987) zu, dass sich Frauen vor allem den kleineren Parteien zuwenden und dadurch eine langfristige Fraktionalisierung des Parteiensystems begünstigen würden?

Sicher wird es nicht möglich sein, durch Extrapolation der im kleinen Zeitabschnitt zwischen 1984 und 1989 gemessenen Trends auf säkulare Entwicklungen des schweizerischen Parteiensystems zu schliessen. Immerhin dürfte aber erkennbar werden, von welchen Einflussfaktoren die schweizerische Parteiszene momentan mitgeprägt wird und in welche Richtung(en) sie sich momentan bewegt.

3. Ergebnisse

3.1 *Übergreifende Trends in der Gesamtschweiz und den drei Sprachregionen*

Die über die gesamte Stichprobe hinweg ermittelten Zahlenwerte (Tabelle 1) lassen keinen Zweifel daran, dass in der Zeit zwischen 1984 und 1989 der Umfang der parteipolitisch aktiven Bürger in beachtlichem Masse zugenommen haben muss, weil über 50% aller Ortssektionen eine Zunahme an aktiv partizipierenden Anhängern (und höchstens 10% eine Abnahme) vermelden. Überwiegenden Anteil daran haben die Frauen, deren Zustrom in mindestens 40% aller kommunalen Gruppierungen dazu führte, dass sich die Zusammensetzung der Parteiaktiven zugunsten des weiblichen Geschlechts verschob. Dies gilt ganz besonders für die 142 Gruppierungen, die in der Lage waren, ihren Verlust an männlichen Aktiven zumindest teilweise durch zusätzliche Anhänger weiblichen Geschlechts zu kompensieren.

Tabelle 1

Veränderungen im Bestand weiblicher und männlicher Parteiaktivisten von 1984–1989 (alle Ortsparteien)

weibliche Aktivisten	männliche Aktivisten			Total
	zugenommen	gleichgeblieben	abgenommen	
zugenommen	16.4% (411)	29.7% (747)	5.6% (142)	51.8%
gleichgeblieben	6.1% (160)	32.2% (808)	4.5% (117)	42.8%
abgenommen	0.9% (22)	1.9% (48)	2.7% (67)	5.5%
	23.4%	63.8%	12.8%	(100%) N=2511

Offensichtlich ist die *politische Primärmobilisierung der Schweizer Frauen*, die nach der Zugestehung ihres Stimmrechts (1971) begonnen hat, bis in die 80er Jahre hinein noch nicht zum Abschluss gekommen. Sie hat – nach Ergebnissen desselben Surveys – bis dato dazu geführt, dass der weibliche Anteil an den Parteimitgliedern auf 35% und an den Parteiaktiven auf immerhin ca. 31%

angewachsen ist. Mit diesen hohen Prozentwerten ist die Schweiz in sehr kurzer Zeit in die Nähe der skandinavischen Länder (Norwegen, Schweden und Dänemark) gerückt und hat Nachbarländer wie Deutschland oder Italien – wo sich der Anteil um die 20% bewegt – weit hinter sich gelassen (vgl. Niedermayer, 1989, 67 ff.; Norderval, 1985, 73; Skard, 1983).

Wahrscheinlich gewinnt diese – im internationalen Vergleich – überaus späte Primärmobilisierung der Frauen ihre hohe Schubkraft daraus, dass sie sich mit gesellschaftlich bedingten Mobilisierungstrends überlagert, die in den meisten westlichen Ländern momentan zu einer Angleichung im politischen Aktivitätsniveau der beiden Geschlechter führen (vgl. Inglehart, 1989, 434).

Aus Tabelle 1 wird aber auch deutlich, dass auch bei völliger Absenz der Frauen eine gewisse Expansion der Parteiaktiven stattgefunden hätte.

Immerhin haben mindestens 6% aller Ortsparteien eine rein auf dem Zufluss von *Männern* beruhende Expansion vollzogen.

Während dem Zustrom von Frauen wohl eine wachsende parteipolitische Aktivierung vorher abstinenter Bürgerinnen zugrunde liegt, ist es nicht im selben Masse zwingend, das Anwachsen männlicher Parteiaktivisten auf einen analogen Vorgang „sekundärer politischer Mobilisierung“ zurückzuführen. Vielleicht liegt deren Ursache in viel unspektakuläreren Entwicklungen demographischer Natur: z. B. in der Tatsache, dass (dank der geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1965) in den letzten Jahren unverhältnismässig viele männliche Bürger in jene Altersgruppen (über 30) eingetreten sind, die nach allgemeiner Erfahrung am meisten an politischen Parteien partizipieren (vgl. z. B. Falke, 1982, 92; Niedermayer, 1989, 86).

Zudem ist zu berücksichtigen, dass personelle Fluktuationen auf kommunaler Ebene immer auch durch geographische Mobilität (und die damit verknüpften Wandlungen im Einwohnerbestand der Gemeinden) mitverursacht sein können. Rein theoretisch wäre der – empirisch allerdings höchst unwahrscheinliche – Fall denkbar, dass die meisten Ortssektionen Zuwächse vermelden, obwohl die Zahl der Parteiaktiven insgesamt stagniert: z. B. dann, wenn eine aus wenigen grossen Städten emigrierende Bevölkerung sich auf eine viel grössere Anzahl kleinerer Wohngemeinden verteilt.

Weil erfahrungsgemäss aber eher grössere Gemeinden die höchsten Wanderungsgewinne verzeichnen und die dort beheimateten Parteigruppierungen keineswegs besonders häufig von Abgängen betroffen sind (vgl. 3.3), ist im Gegenteil eher damit zu rechnen, dass in den vorgeführten Zahlenergebnissen *nicht das gesamte* Ausmass der Expansion zum Ausdruck kommt.

Bei einer Aufgliederung nach Sprachregionen (Tabelle 2) wird deutlich, dass sich in der deutschen Schweiz ein weitaus stärkerer Zustrom von Frauen als in den übrigen beiden Landesteilen vollzogen hat, und dass die Tessiner Ortsparteien hinsichtlich beider Geschlechtskategorien die geringsten Zuwachsraten verzeichneten.

Tabelle 2

Veränderungen im Bestand der Parteiaktivisten (1984–1989) und Frauenanteil an den Aktiven (1989): nach Sprachregionen

	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				N (Basis der	Durchschnittl.
	hinzugewonnen		verloren		Prozent-	Frauenanteil
	haben		haben		werte	an den
	weibl.männl.		weibl.männl.		1989)	Aktiven
						(1989)
deutsche Schweiz	55	24	5	13	(1951)	31,7%
französische Schweiz	44	25	7	12	(311)	30,6%
italienische Schweiz	32	14	7	12	(249)	33,4%

Zumindest für den italienischen Sprachraum lässt sich feststellen, dass die parteipolitische Mobilisierung der Frauen offensichtlich zu einem früheren Zeitpunkt als in der Deutschschweiz eingesetzt hat und sich gegenwärtig wohl bald ihren Sättigungsgrenzen nähert: denn der weibliche Anteil an den Parteiaktiven beträgt hier bereits 33%.

3.2 Einfluss der Parteizugehörigkeit und der ideologischen Orientierung

Aus *Tabelle 3* wird deutlich, dass der expansive Trend bei den schweizerischen Parteiaktiven eine äusserst unspezifische, sich über das ganze politische Spektrum hinweg erstreckende Entwicklung darstellt, weil praktisch alle Parteien häufiger Zugewinne als Abwanderungen verbuchen.

Vor allem muss dem Einströmen der *Frauen* in die Parteipolitik eine generalisierte politische Mobilisierung zugrunde liegen, da innerhalb sämtlicher Parteien mindestens 40% aller Sektionen einen Zuwachs (und nur Ortsgruppen der PDA in erheblichem Umfang eine Abnahme) weiblicher Aktivmitglieder vermelden.

Die Männer haben sich demgegenüber sehr viel selektiver den „Grünen“ sowie einzelnen Parteien am rechten Rand des Spektrums (SVP und LPS)

Tabelle 3

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989) und Frauenanteil an den Aktiven (1989): nach Parteirichtung und ideologischer Orientierung

	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				N	Durchschnittl.
	hinzugewonnen		verloren		(Basis der	Frauenanteil
	haben		haben		Prozent- werte	an den Aktiven
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	1989)	(1989)
FDP	51	22	5	10	(634)	29,2
CVP	49	20	5	13	(553)	32,1
SVP	60	36	4	7	(283)	26,9
SP	57	21	7	20	(561)	32,9
LDU	64	29	4	26	(55)	39,5
EVP	46	24	5	13	(70)	35,2
LPS	53	38	4	4	(50)	26,0
GPS	49	41	8	19	(37)	47,4
GBS	89	33	0	0	(9)	49,0
PDA/SAP	45	11	35	50	(13)	35,4
Lokale Grüne	46	15	15	21	(33)	41,6
Ortsvereine	43	29	6	12	(51)	34,7
Freie Wähler	45	20	4	4	(74)	33,4
extrem links (1, 2)*	57	21	7	19	(159)	36,0
gemäßigt links (3.4)*	55	20	8	17	(548)	34,9
Mitte (5. 6)*	48	23	5	12	(815)	30,6
gemäßigt rechts (7, 8)*	53	25	5	10	(779)	24,2
extrem rechts (9,10)*	46	32	2	12	(128)	29,8
stark „grün“ (1, 2, 3)*	58	24	6	15	(789)	35,7
gemäßigt „grün“(4, 5, 6)*	52	25	7	10	(1400)	29,7
nicht „grün“ (7, 8, 9, 10)*	49	33	5	13	(272)	28,3

* Die Parteipräsidenten wurden aufgefordert, die ideologische Position ihrer Ortspartei auf einer Links-Rechts-Skala (± 10) sowie einer „Grün“-„Antigrün“-Skala zu charakterisieren. Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die Skalenwerte, die in der entsprechenden Untergruppe zusammengefasst sind.

zugewandt und sind aus linksstehenden Gruppierungen (PDA/SAP und SP) sowie dem Landesring in überdurchschnittlichem Ausmass emigriert. Nur wenn man das Blickfeld auf die Männer beschränkt, trifft also die Diagnose Longchamps' zu, dass linke Parteien von der Erosion der Parteianhängerschaft besonders stark betroffen seien und dass neu hinzukommende Parteianhänger eher die kleineren Parteien präferieren (vgl. Longchamps/Linder, 1987).

Bei Berücksichtigung beider Geschlechter profiliert sich die SVP als jene Partei, der es am besten geglückt ist, auf breiter Front zusätzliche Parteiaktive anzuziehen und dadurch die politische Szene auf der bürgerlichen Seite neu zu beleben. Offensichtlich ist es ihr gelungen, sich von ihren Bindungen an die Bauern und den traditionellen Mittelstand freizumachen und sich neuerdings auch hinsichtlich ihres Anteils weiblicher Parteiaktiver (ca. 27%) anderen etablierten Parteien anzunähern.

Insgesamt zwingen die Ergebnisse zur Schlussfolgerung, dass alle Schweizer Parteien in der Zeit nach 1984 eine gewisse „Feminisierung“ erfahren haben.

Weitaus am stärksten gilt dies allerdings für die PDA, die SP und den Landesring, wo der Zugewinn an Frauen dazu verholfen hat, einen teilweise massiven Exodus männlicher Aktivisten zumindest partiell zu kompensieren.

Bei einer Aufgliederung nach ideologischer Orientierung (vgl. Tabelle 3) bestätigt sich die Vermutung, dass es den linksstehenden und „grünen“ Parteien in überdurchschnittlich hohem Masse gelungen ist, zusätzliche Anhänger *weiblichen* Geschlechts anzulocken, während rechtsorientierte und ökologischen Anliegen distanziert gegenüberstehende Parteien umgekehrt bei der Rekrutierung *männlicher* Aktivisten besonders erfolgreich waren.

Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass die Frauenanteile zwischen den Gruppierungen verschiedenen ideologischen Zuschnitts bereits erheblich differieren.

Auch wenn diese Befunde keineswegs ausreichen, eine Tendenz zur zunehmenden ideologischen Polarisierung zwischen Frauen und Männern abzuleiten, so ist doch die Vermutung nicht abzuweisen, dass die in der aktuellen Politik vorherrschenden ideologischen Konfliktfronten eine gewisse Segregation der beiden Geschlechter begünstigen.

Hier wäre vor allem darauf hinzuweisen, dass innerhalb der linken Parteien heute nicht mehr im selben Ausmass wie früher Arbeitnehmeranliegen (die überwiegend von der männlichen Arbeiterschaft getragen wurden) im Vordergrund stehen, sondern verschiedenste Fragen „postsozialistischer“ Natur

(Kernkraft, Asylpolitik, Abtreibung, Verkehrspolitik u. a.), die bei Frauen mindestens dasselbe Interesse finden (vgl. Geser, 1990).

Erwägenswert ist ferner die Argumentation Michel-Alders, wonach bürgerliche Parteien bei der Rekrutierung von Frauen insofern auf gewisse Hindernisse stossen, als sie

- ein eher traditionelles Frauenbild (mit Betonung der innerfamiliären Rolle) kultivieren, das dem Selbstverständnis der meisten politisch aktiven Frauen (unabhängig ihrer sachpolitischen Einstellungen) widerspricht;
- in ihren Aktivitäten einseitig die Artikulation wirtschaftlicher Interessen in den Vordergrund stellen, denen die Frauen häufig ein Bestreben zur „Erfassung ganzheitlicher Lebenszusammenhänge“ (Hedi Lang) entgegensetzen;
- in ihrer Binnenorganisation „männliche Prinzipien der Hierarchie, Konkurrenz und Spezialisierung“ (Monique Bauer) betonen, die dem „Mitgefühl und Gemeinschaftsdenken“ der Frau (dito) zuwiderlaufen (vgl. Michel-Alder, 1986, 157).

Schliesslich wäre auch zu bedenken, dass viele in der Öffentlichkeit aktive Frauen ihre „politische Primärsozialisierung“ im Rahmen sozialer Bewegungen und Initiativgruppen vollzogen haben und dort Verhaltensmuster erlernten, die sie am ehesten bei linken und „grün-alternativen“ Parteigruppen wiederfinden (Michel-Alder, 1986, 157).

Auf Seiten der Männer hat im selben Zeitraum dagegen eher eine konträre Entwicklung stattgefunden, die als „reaktive rechte Gegenmobilisierung“ (in Opposition zu einem vorangehenden Erstarken linker und vor allem grüner Gruppierungen) bezeichnet werden könnte. Zu ihren Manifestationen gehört – neben der Aktivierung der SVP – vor allem auch die Gründung und Expansion der „Autopartei“, die ebenfalls stark von Männern dominiert wird (vgl. Longchamps/Linder, 1986), aber mangels lokaler Sektionen nicht in die vorliegende Untersuchung einbezogen wurde.

Auch in der Autopartei mag man die Tendenz erkennen, dass – anstelle des Klassenstatus, der immer weniger Bedeutung hat – der zugeschriebene *Geschlechtsstatus* in wachsendem Masse die Parteipräferenzen bestimmt.

3.3 *Sonderentwicklungen in kleinen, mittelgrossen und städtischen Gemeinden*

Die bisher vorgeführten Ergebnisse lassen noch keine Schlüsse darüber zu, welche gesellschaftlichen, kulturellen oder politischen Ursachen dieser Zunahme an Parteiaktivität zugrundeliegen und welche Auswirkungen auf die kommunale Politik (und evtl. darüber hinaus) von ihr erwartet werden müssen.

Antworten auf solche Fragen hängen in erster Linie davon ab, ob sich diese Entwicklung vorrangig in ländlichen Kleingemeinden oder in grösseren (suburbanen und urbanen) Kommunen vollzieht.

Eine in der politischen Partizipationsforschung weltweit verbreitete theoretische Argumentationsweise ("decline of community model") behauptet, dass es unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen den politischen Gruppierungen kleiner ruraler Gemeinden weitaus am besten gelingt, ihre Anhängerschaft zu konsolidieren: weil sie sich einerseits am ehesten auf eine traditionelle „Stammanhängerschaft“ verlassen können und andererseits am besten in der Lage sind, aus informellen Kohäsionskräften (auf der Basis allseitiger persönlicher Bekanntschaft) Nutzen zu ziehen.

Demgegenüber sei im urbanen Raum mit Destabilisierung parteipolitischer Loyalitäten und Aktivitätsbereitschaften zu rechnen: weil sowohl traditionale wie „gemeinschaftliche“ Integrationskräfte schwinden und das politische Interesse sich einerseits auf punktuell-zweckspezifische Aktivitäten (z. B. im Rahmen von Bürgerinitiativen) und andererseits auf überlokale Politikebenen verschiebt.

In diesem Sinne wird insbesondere der CVP eine unerfreuliche Zukunft vorausgesagt: weil sie ihre Identität auf eine traditionell gesinnte katholische Stammanhängerschaft abstütze, die im säkularisierten urbanen Milieu unweigerlich erodiert (vgl. z. B. Altermatt, 1986, 87).

In einem solchen Falle wäre es denkbar, dass die Gesamtzahl von Parteipolitikern trotz der optimistischen Ergebnisse über die Entwicklung der meisten Ortsparteien eher sinkt: weil die bescheidenen Zugewinne zahlreicher kleiner Dorfparteien nicht ausreichen, um massivere Anhängerverluste der grossen Stadtparteien zu kompensieren.

Allerdings gibt es auch gute theoretische und empirische Gründe für die gegenteilige These: dass gerade die Städte momentan einen fruchtbaren Nährboden für neue Politisierungsschübe bilden, die – abgesehen von vielen anderen, vielleicht medienwirksameren Manifestationen – durchaus auch in einer zusätzlichen inneren Aktivierung bestehender Lokalparteien ihren Ausdruck finden (vgl. z. B. Arzberger, 1980, 96 ff.).

Der hohe Grad genereller politischer Informiertheit mag ebenso dazu beitragen wie die Tatsache, dass viel häufiger als auf dem Dorfe hochbrisante und tief ins Alltagsleben jedes Bürgers einschneidende Entscheidungsfragen anstehen (Arzberger, 1980), und dass die breite und regelmässige Thematisierung kommunaler Politik durch die Massenmedien (Tagespresse, Lokalradio u. a.) manche Bürger(innen) dazu stimuliert, aktiv zu partizipieren.

Ein Vergleich zwischen verschiedenen Gemeindegrössenklassen bietet – bei gleichzeitiger Aufgliederung nach Geschlecht und Parteirichtungen – ein insgesamt recht uneinheitliches, doch eher mit der zweiten Hypothese übereinstimmendes Bild (Tabelle 4).

Ganz offensichtlich hat sich die zusätzliche parteipolitische Mobilisierung der Frauen – über das ganze Parteienspektrum hinweg – vorwiegend in den grösseren Gemeinden vollzogen. Es wäre aber voreilig, daraus auf ein Nachhinken weiblicher Partizipation in traditionell-ruralen Regionen zu schliessen: denn der Frauenanteil an den Parteiaktiven liegt in Kleinstgemeinden unter 500 Einwohnern mit 32,6% höher als in den Gemeinden mittlerer Grösse (ca. 30%) und fast gleich hoch wie in den Städten (33.6%).

Genau umgekehrt muss man daraus schliessen, dass der nach Gewährung des Stimm- und Wahlrechts (1971) einsetzende Prozess primärer politischer Mobilisierung und Integration der Frauen in kleineren Gemeinden bereits früher eingesetzt hat und heute fast beendet ist, während er in grösseren Kommunen immer noch in vollem Gange ist. Möglicherweise müssen Frauen in grösseren Parteien, wo der Kreis der „Aktiven“ sich häufig auf einen elitären Kern von ca. 10–15% der Mitglieder beschränkt, eine längere Wegstrecke zurücklegen als in sehr kleinen Gruppierungen, wo praktisch alle Mitglieder und Sympathisanten auch gleich für irgendwelche Parteiaufgaben in Anspruch genommen werden.

Bei den *Männern* bietet sich je nach Parteirichtung ein unterschiedliches Bild. Die beiden bürgerlichen Parteien (FDP und SVP) haben gemeinsam, dass sie in grösseren Gemeinden am seltensten Verluste erlitten haben und bei Gemeinden mittlerer Grösse ihre höchsten Zuwachsquoten erreichten.

Genauere Analysen bestätigen die Vermutung, dass es sich bei der oben diagnostizierten „antilinken Mobilisierung der Männer“ um eine überwiegend im urbanen Bereich beheimatete Entwicklung handelt: denn extrem rechtsstehende Gruppierungen (d. h. Ortsparteien, die von ihren Präsidenten auf der Links-Rechts-Skala mit den beiden Extremwerten 9 oder 10 bewertet worden sind) haben in Gemeinden über 10'000 Einwohnern weitaus am häufigsten männlichen Neuzulauf erhalten. Darin widerspiegelt sich auch die Tatsache, dass es der SVP in erstaunlichem Masse gelungen ist, sich von traditionellen Bindungen (an die Bauernschaft und Selbständigerwerbende des Mittelstandes) freizumachen und in moderneren Berufsgruppen (Angestellten, Beamten und Freiberuflern) Fuss zu fassen.

Ähnliches gilt aber wohl kaum für die CVP, die in städtischen Gemeinden weitaus häufiger männliche Parteiaktive verloren anstatt hinzugewonnen hat. Man mag daraus schliessen, dass die oben erwähnte These vom irreversiblen

Tabelle 4
Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989) nach
Gemeindegrösse und Parteirichtung

	Bevölkerungs- grösse	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
FDP	–500	24	12	2	10	(50)
	501–2000	46	23	4	12	(191)
	2001–5000	57	26	5	10	(171)
	5001–10000	62	25	4	4	(69)
	über 10000	60	19	6	6	(53)
CVP	–500	35	16	10	16	(74)
	501–2000	46	20	1	10	(166)
	2001–5000	52	22	2	10	(123)
	5001–10000	53	24	9	8	(75)
	über 10000	57	12	5	22	(58)
SVP	–500	16	38	16	13	(25)
	501–2000	60	38	3	7	(96)
	2001–5000	60	32	4	10	(80)
	5001–10000	75	44	0	0	(32)
	über 10000	72	33	0	3	(29)
SP	–500	30	22	0	17	(23)
	501–2000	47	23	9	15	(131)
	2001–5000	58	18	7	25	(172)
	5001–10000	67	19	9	19	(92)
	über 10000	66	18	8	15	(73)
übrige	–500	35	20	5	5	(20)
	501–2000	37	27	8	3	(87)
	2001–5000	39	19	7	17	(105)
	5001–10000	50	31	3	15	(88)
	über 10000	61	30	8	14	(132)

Anhängerverlust der CVP nur eine eingeschränkte Geltung hat. Offensichtlich sind nur Sektionen in den Städten (über 10'000 Einwohnern) in ihrer *männlichen* Anhängerschaft davon betroffen: d. h. jene Gruppierungen, die die grösste Chance haben, so entstehende Lücken wenigstens teilweise durch zusätzliche Aktive weiblichen Geschlechts wieder zu schliessen.

Während die SP das Bild einer – was Männer betrifft – durchwegs stagnierenden Partei bietet, bei der sich wachsende und schrumpfende Sektionen zahlenmässig in Stadt und Land ungefähr die Waage halten, überwiegen bei den übrigen Parteien fast überall expansive Tendenzen. Ausschliesslich für sie scheint die aus dem „decline of community model“ deduzierte Hypothese zuzutreffen: dass sehr kleine Gruppierungen dank ihrer Binnenkohäsion am besten in der Lage seien, Anhängerverluste zu vermeiden.

3.4 Grad an „politischer Aktivierung“

Was ein Zuwachs an Aktivisten in qualitativer Hinsicht für die Belebung der kommunalpolitischen Szene (und evtl. auch der überlokalen Parteiorganisation) bedeutet, hängt natürlich davon ab, ob eher politisch passive oder politisch hoch aktive Gruppierungen davon profitieren.

Viele empirische Befunde sprechen dafür, dass sich heutige Bürger (vor allem jüngeren Jahrgangs) überwiegend aus sachpolitischem Interesse und aus persönlicher Identifikation mit den politischen Zielen und Strategien der Partei zu einem aktiven Engagement entschliessen, während zielunabhängige Motive (wie z. B. „allgemeine Bürgerpflicht“, „Parteiloyalität“ u. a.) in den Hintergrund treten (vgl. z. B. Eldersveld, 1981; Niedermayer, 1989, 9).

Dies hätte dann zur Folge, dass der Rekrutierungserfolg von Ortsparteien in wachsendem Masse davon abhängig wird, dass sie sich selber als Instanzen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung verstehen und in regelmässiger, vielgestaltiger und wirksamer Weise in die Kommunalpolitik intervenieren.

Natürlich kann eine durch Eigeninitiative zum Magneten gewordene Partei leicht einen positiv rückgekoppelten Prozess zunehmender Selbstaktivierung in Gang setzen, durch die sie sich gegenüber passiveren (und deshalb: unattraktiv wirkenden) Gruppierungen zunehmend profiliert.

In den meisten Ländern werden „Ebbe und Flut“ in der Anhängerbasis lokaler Parteien allerdings stark durch rein überlokale Einflussfaktoren bestimmt: etwa durch die öffentliche Reputation, die sich die Gesamtpartei auf Grund ihrer nationalen Regierungsarbeit oder Oppositionsrolle erworben hat,

oder durch ihre Programme und Führungspersonen, mit denen sie sich in den Medien präsentiert.

In der Schweiz hat das Konkordanzsystem zur Folge, dass es kaum möglich ist, politische Entscheidungen und deren Auswirkungen einzelnen Parteien zuzurechnen, und dass niemand mit einem Parteiengagement bezwecken kann, einer einzelnen Partei zum „Sieg“ oder ihren Ideen und Programmen zum „Durchbruch“ zu verhelfen (vgl. Neidhart, 1986). Umso mehr ist deshalb damit zu rechnen, dass Lokalparteien relativ ungeachtet ihrer überlokalen Affiliation nach ihren je eigenen Zielsetzungen und Aktivitäten beurteilt werden, und dass ihnen vielerlei Möglichkeiten offenstehen, um durch Massnahmen, die völlig in ihrem Autonomiebereich liegen, ihre Attraktivität zu erhöhen.

In Tabelle 5 zeigt sich, dass Ortsparteien häufiger Aktive weiblichen Geschlechts hinzugewinnen, wenn

- bei der Mehrheit ihrer Mitglieder die Meinung vorherrscht, dass es sich bei Gemeindeangelegenheiten häufig um „echt“ politische Entscheidungsprobleme (anstatt bloss um technische oder juristische Sachfragen) handle;
- interne Auseinandersetzungen über sachpolitische sowie personalpolitische Gemeindefragen an der Tagesordnung sind.

Hingegen ist es kaum von Belang, ob sich die Partei mit grundsätzlicheren politischen Ziel- und Ideologiefragen auseinandersetzt oder in welchem Umfange sie überlokale politische Probleme thematisiert.

Demgegenüber zeigt sich bei den Männern keinerlei Tendenz, den politisierteren Parteigruppierungen den Vorzug zu geben.

Eine mögliche Erklärung dieses beachtlichen geschlechtsspezifischen Unterschieds ergibt sich, wenn man die folgenden zwei Argumente kombiniert:

- 1) Bei den – immer noch relativ wenigen – Frauen, die sich zu einem aktiven Parteiengagement entschliessen, handelt es sich in überwiegender Zahl um Bürgerinnen, die dezidierte politische Anliegen vertreten und die echte politische Auseinandersetzung suchen. Oder anders formuliert: eine erhebliche politische *Zielmotivation* ist für zahlreiche Frauen erforderlich, um sich in einem Bereich öffentlicher Tätigkeit, der dem traditionellen Frauenbild nicht entspricht und nach wie vor von Männern dominiert wird, zu engagieren.
- 2) Für Männer gibt es zahlreiche sachunspezifische Motive, sich kommunalpolitisch zu engagieren: z. B. das generalisierte Motiv, im Rahmen einer „allgemeinen Bürgerpflicht“ am Gemeinwesen mitzuwirken, in Parteiversammlungen die Freunde aus der Feuerwehr oder anderen Vereinen wie-

Tabelle 5

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): in Abhängigkeit vom „Grad der Polarisierung“ der Ortspartei

		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Sind	– ja, voll und ganz	47	23	7	12	(334)
Gemeindeange- legenheiten „in der Regel unpolitisch“?	– nein, überhaupt nicht	58	26	7	14	(354)
Gibt es innerhalb der Partei Auseinandersetzungen?						
a) über grund- sätzliche Fragen politischer Ziele und Ideologie	– selten/nie	51	24	4	13	(1010)
	– häufig	58	19	5	17	(135)
b) über kantonale oder nationale Abstimmungs- vorlagen	– selten/nie	52	23	5	14	(605)
	– häufig	51	20	5	17	(245)
c) über sachpo- litische Gemeinde- fragen	– selten/nie	44	22	6	13	(275)
	– häufig	56	23	5	13	(645)
d) über personal- politische Gemeindefragen	– selten/nie	49	23	6	13	(1070)
	– häufig	59	23	4	12	(200)

derzusehen oder auf vielseitigen Druck hin für ein kommunales Amt zu kandidieren.

In Tabelle 6 bestätigt sich die Vermutung, dass sich Frauen in höherem Masse als Männer durch Strategien politischer Mobilisierung für Parteiarbeit aktivieren lassen und von den Parteien aus betrachtet deshalb ein offenes Rekrutierungsreservoir darstellen, dessen Ausschöpfung je nach Art und Umfang der diesbezüglichen Massnahmen in sehr unterschiedlichem Masse gelingt.

Tabelle 6

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): in Abhängigkeit von verschiedenen öffentlichen Aktivitäten der Ortsparteien innerhalb der Gemeinde

Aktivitäten		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger (N)				
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Öffentliche Stellungnahmen in Massenmedien	nein	44	20	6	13	(954)
	ja	57	25	5	13	(1545)
Informationsveranstaltungen	nein	42	22	7	16	(665)
	ja	56	24	5	12	(1833)
Herausgabe von Abstimmungsparolen	nein	46	21	5	14	(791)
	ja	55	25	6	12	(1708)
Aktionen in der Öffentlichkeit (Standaktionen, Demonstrationen etc.)	nein	49	22	6	12	(1829)
	ja	60	26	5	15	(664)

In geringerem Umfange bevorzugen allerdings auch Männer jene kommunalen Gruppierungen, die sich mittels öffentlicher Stellungnahmen und Aktionen sowie eigenen Abstimmungsparolen Bekanntheit und Profil verschaffen.

Analoge geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich, wenn man die Wirkung verschiedener sachpolitischer Engagements auf die Anhängerbasis der Ortsparteien analysiert.

Offensichtlich bringt eine Betätigung in jedem der zehn kommunalpolitischen Problembereiche erhöhte Chancen mit sich, zusätzliche Aktivmitglieder zu gewinnen oder die Abwanderung bisheriger Anhänger zu verhindern (Tabelle 7).

Dies gilt verstärkt, wenn eine Gruppierung sich nicht auf Stellungnahmen zu bereits vorliegenden Entscheidungsthemen beschränkt, sondern sich durch eigene Vorstösse und Initiativen profiliert.

Wiederum sind es die *Frauen*, die – über das ganze politische Themenspektrum hinweg – besonders positiv auf hoch aktivierte, initiative Lokalparteien reagieren. Damit bestätigt sich die Vermutung, dass Männer sich in ihrer Entscheidung, ob und wo sie parteipolitisch aktiv werden sollen, in höherem Masse von *anderen* als sachpolitischen Kriterien leiten lassen.

Frauen scheinen sich demgegenüber stärker vom eigentlich „Politischen“ einer politischen Partei angezogen zu fühlen und dementsprechend am häufigsten jene Gruppierungen zu wählen, in denen ihnen besonders naheliegende Themen (insbesondere: Frauenfragen sowie sozial- und jugendpolitische Probleme) auf der Agenda stehen.

Im Hinblick auf die *männliche* Anhängerbasis scheint eher das Abbremsen von Abwanderungen als die Rekrutierung zusätzlicher Mitglieder das entscheidende Problem. Besonders unattraktiv erscheinen hier Gruppierungen, die zur Diskussion über umfassendere kommunalpolitische Fragenbereiche (Ortsplanung und „allgemeine Gemeindeentwicklung“) nichts anzubieten haben.

All diese Befunde falsifizieren implizit auch die Hypothese, dass gegenwärtig vor allem Gruppierungen mit sehr einseitiger sachpolitischer Ausrichtung den grössten Zulauf erhielten, weil moderne (vor allem jüngere) Bürger nur noch für themenspezifische (z. B. ökologische) Anliegen aber nicht mehr für generalisierte Parteiarbeit mobilisierbar seien (vgl. z. B. Guggenberger, 1980; Levy/Zwicky, 1984).

Zumindest bei den Frauen zeigt sich genau die umgekehrte Tendenz, dass Parteien mit sehr *vielgestaltigen Zielen und Anliegen* die grösste Anziehungskraft entfalten.

In *Tabelle 8* wird sichtbar, dass insbesondere die Expansionschancen *linksorientierter* Ortsparteien stark davon abhängen, ob sie sich in sehr vielfältiger Weise kommunalpolitisch betätigen. Rechtsorientierte Männer scheinen sich dagegen eher zu Gruppierungen mit geringerer sachpolitischer Bandbreite hingezogen zu fühlen.

Tabelle 7

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–89): in Abhängigkeit vom kommunalpolitischen Engagement der Ortspartei in verschiedenen sachpolitischen Bereichen

Sachpolitischer Bereich		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Finanzpolitik	inaktiv	45	23	7	16	(257)
	engagiert	52	23	6	14	(1203)
	eigene Initiative	57	26	4	11	(865)
Sozialpolitik	inaktiv	45	25	5	14	(403)
	engagiert	51	24	6	13	(1239)
	eigene Initiative	60	24	4	12	(636)
Schulpolitik	inaktiv	40	17	7	13	(221)
	engagiert	53	25	6	13	(1335)
	eigene Initiative	56	24	4	11	(764)
Jugendpolitik	inaktiv	43	21	6	13	(515)
	engagiert	54	24	5	13	(1209)
	eigene Initiative	59	26	4	12	(523)
Kultur/Sport	inaktiv	44	21	6	15	(469)
	engagiert	53	24	5	12	(1126)
	eigene Initiative	58	26	5	11	(672)
Baupolitik	inaktiv	45	19	6	17	(173)
	engagiert	53	24	5	13	(1321)
	eigene Initiative	55	24	3	11	(807)
Verkehr/Strassen	inaktiv	43	21	5	13	(214)
	engagiert	50	23	5	13	(1033)
	eigene Initiative	58	25	6	13	(1070)
Ortsplanung	inaktiv	47	14	8	19	(142)
	engagiert	50	23	5	13	(1153)
	eigene Initiative	57	25	3	11	(1057)
Allg. Gemeindeentwicklung	inaktiv	45	16	8	22	(119)
	engagiert	50	23	6	13	(1327)
	eigene Initiative	58	27	5	10	(889)
Frauenfragen	inaktiv	47	22	7	13	(998)
	engagiert	56	25	5	12	(992)
	eigene Initiative	66	26	3	14	(241)
Gesamtzahl von Themen mit eigener Initiative	0–3	50	24	6	13	(965)
	4–6	58	26	5	13	(643)
	7–10	62	24	4	10	(310)

Tabelle 8

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): nach Diversifikation sachpolitischer Eigeninitiativen und ideologischer Orientierung

	Anzahl Sachbereiche mit eigenen Initiativen	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben verloren haben				(N)
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Links*	0–3	53	17	9	19	(317)
(1–4)	4–6	64	27	4	15	(211)
	7–10	69	29	3	11	(72)
Mitte*	0–3	49	29	5	11	(291)
(5, 6)	4–6	57	23	3	12	(191)
	7–10	59	23	6	12	(105)
Rechts*	0–3	51	28	4	7	(319)
(7–10)	4–6	55	28	8	11	(219)
	7–10	61	22	2	9	(124)

* Die Parteiprääsidenten wurden aufgefordert, die ideologische Position ihrer Ortspartei auf einer Links-Rechts-Skala (1–10) zu charakterisieren.

Möglicherweise findet man gegenwärtig eher am rechten Rand des ideologischen Spektrums eigentliche „Bewegungsgruppen“, in denen ein einzelnes Anliegen (z. B. der Widerstand gegen Beschränkungen des Privatverkehrs) dominiert.

Schliesslich deutet sich an, dass Ortsparteien durch Festlegungen ihrer Zielsetzungen in einem *Aktionsprogramm* in der Lage sind, mehr aktive Anhänger beiderlei Geschlechts anzuziehen bzw. die Risiken für Mitgliederverluste erheblich zu reduzieren (Tabelle 9).

Wenn Aktionsprogramme nach *innen* die Funktion haben, die Entscheidungsfindung zu erleichtern und die knappen Ressourcen besser auf einzelne Zielsetzungen hin zu bündeln, so erfüllen sie nach *aussen* hin den Zweck, die politischen Positionen und Anliegen, für die die Partei eintritt, deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Aussenstehende können dadurch besser beurteilen, inwiefern die Parteirichtung ihren eigenen politischen Vorstellungen entspricht – und sich im positiven Falle leichter für einen Beitritt und ein aktives Engagement entschliessen.

Tabelle 9

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): nach Existenz eines „Aktionsprogramms“, Parteirichtung und ideologischer Orientierung

	eigenes Aktions- programm	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
FDP	nein	47	19	6	11	(395)
	ja	57	25	3	7	(230)
CVP	nein	46	18	5	15	(370)
	ja	52	23	3	8	(203)
SVP	nein	54	30	4	8	(180)
	ja	69	46	3	5	(99)
SP	nein	54	18	8	23	(364)
	ja	62	22	6	16	(191)
übrige	nein	44	26	8	12	(319)
	ja	54	27	4	12	(137)
Links (1–4)*	nein	53	20	9	20	(439)
	ja	60	21	5	14	(262)
Mitte (5, 6)*	nein	46	22	5	15	(515)
	ja	53	26	4	8	(283)
Rechts (7–10)*	nein	48	22	5	11	(610)
	ja	62	32	3	8	(295)
Stark „grün“ (1–3)	nein	54	23	7	19	(501)
	ja	59	24	4	12	(282)
gemässigt „grün“ (4–6)*	nein	46	19	7	13	(893)
	ja	56	27	4	9	(493)
nicht „grün“ (7–10)	nein	46	29	4	11	(192)
	ja	66	37	3	12	(73)

* Die Parteiprääsidenten wurden aufgefordert, die ideologische Position ihrer Ortspartei auf einer Links-Rechts-Skala (1–10) zu charakterisieren.

Unerwartet ist das Ergebnis, dass rechtsstehende Parteien stärker als linksorientierte und „antigrüne“ in höherem Masse als „grüne“ Gruppierungen von der Attraktionswirkung eines Aktionsprogramms profitieren. Männer, die linke oder grüne Parteien bevorzugen, scheinen ihren Beitritt überhaupt nicht (sehr wohl aber ihren Nichtaustritt) vom Bestehen eines Aktionsprogramms abhängig machen.

Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass mit einer „linken“ bzw. „grünen“ Position von vornherein sehr dezidierte sachpolitische Anliegen (z. B. Arbeitnehmer- und Mieterrechte zu fördern, Kernkraftwerke zu verhindern u. a.) verbunden sind, die keiner zusätzlichen Explikation und programmatischen Festlegung bedürfen. Im Vergleich dazu haben rechte und antigrüne Gruppierungen ein viel weniger klares sachpolitisches Profil, weil ihre Hauptzielrichtung meist darin besteht, sich von Forderungen der politischen Gegenseite zu distanzieren (vgl. Geser, 1990). Deshalb bedürfen sie eher eines Aktionsprogramms, um in der Öffentlichkeit schärfere Konturen zu gewinnen. Anders formuliert: weil linke und grüne Ideologien auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bereits klar ausformuliert sind, können lokale Parteisektionen sich die Mühe zusätzlicher programmatischer Arbeit sparen, während rechte und antigrüne Gruppierungen genötigt sind, den Mangel an überlokalen ideologischen Konturen durch eigene Programmarbeit zu substituieren.

3.5 *Einbindung in die überlokale Parteiorganisation*

Man glaubt heute vielerorts festzustellen, dass die von den grossen überlokalen Parteiorganisationen konzipierten und propagierten Ideologien und Programme ihre motivierende Kraft auf den einzelnen Bürger verlieren (vgl. z. B. Lehner, 1979).

An ihre Stelle trete die „unmittelbare subjektive Betroffenheit“ als Treibkraft, die immer mehr Bürger zu einem – häufig nur punktuell-themenspezifischen – politischen Engagement bewege (vgl. Guggenberger, 1980).

Dies hätte dann zur Folge, dass sich politisches Handeln immer stärker auf den unmittelbaren sinnlichen Erfahrungsbereich bezieht, in dem Betroffenheit und Leidensdruck erlebt wird, und ein immer grösserer Anteil politischer Partizipation infolgedessen an die kommunale Ebene (oder an noch kleinere Räume wie „Quartiere“ oder „Nachbarschaftszonen“) gebunden bleibt.

Zur Unterstützung dieser These lässt sich beispielsweise anführen, dass die meisten Planungsfragen während der vergangenen Jahre eine zunehmende Politisierung (vor allem in Bau-, Verkehrs- und Ortsplanungsfragen) erfahren haben (vgl. Geser, 1991), dass lokale Initiativgruppen und Quartiervereine

vielerorts eine rege Aktivität entfalteten und dass in den vergangenen 20 Jahren zahlreiche ungebundene Lokalparteien entstanden sind, zu denen sich manche Bürger, die sich mit keiner der etablierten Parteien identifizieren können, hingezogen fühlen.

Derartige Gruppierungen tragen natürlich dazu bei, dass die Lokalpolitik sowohl in ideologisch-programmatischer wie organisatorischer Hinsicht von überlokalen Einbindungen losgekoppelt wird: weil bei der Politikformulierung rein örtliche Gesichtspunkte den Ausschlag geben und den Aktivanhängern keine überlokalen Partizipationsmöglichkeiten und Aufstiegswege angeboten werden.

Unzweifelhaft ist, dass die *kantonale Politik* momentan ein besonders geringes öffentliches Interesse auf sich zieht. Dies liegt beispielsweise daran, dass die dort anfallenden Entscheidungsfragen sich – im Gegensatz zu vielen bundespolitischen Issues – meist auf Sachbereiche von sekundärem politischen Interesse (z. B. Bildung, Gerichtsprozessrecht, Gesundheitswesen, Strafvollzug etc.) beziehen und in den Medien eine nur unzulängliche, auf die Tagespresse beschränkte Thematisierung finden.

Gerade die kantonale Ebene ist es aber, wo alle Schweizer Parteien organisatorisch ihren Schwerpunkt haben und wo sich die Festlegung parteipolitischer Positionen, Programme und Aktionsstrategien vorrangig vollzieht.

Aus diesen Gründen wäre es nicht überraschend, wenn jene Ortsparteien gegenwärtig am häufigsten Anhänger finden würden, die entweder überhaupt keiner kantonalen Parteiorganisation angehören oder sich von dieser zumindest informell stark distanzieren, indem sie sich von ihrer Programmatik wenig oder gar nicht beeinflussen lassen.

Diese Hypothese steht auch im Einklang mit der allgemeineren, theoretischen Argumentation *Gerhard Lehmbruchs*, wonach Lokalparteien immer das Dilemma erfahren, dass eine allzu starke Einbindung in die überlokale Parteiorganisation hinderlich ist, um den örtlichen Gegebenheiten und Interessenkonstellationen optimal Rechnung zu tragen (vgl. Lehmbruch, 1979).

Die empirischen Ergebnisse machen nun aber deutlich, dass zumindest im Zeitraum zwischen 1984 und 1989 keine „Hinwendung zur Lokalpolitik“ stattgefunden hat, da die Gruppierungen mit geringer oder gar keiner überlokalen Einbindung keineswegs überdurchschnittliche Wachstumsquoten melden (Tabelle 10).

Genau umgekehrt scheinen wenigstens die Frauen (und nur spurenhaf auch die Männer) jenen Gruppierungen den Vorzug zu geben, die nicht nur rein

formell einer kantonalen Parteiorganisation angehören, sondern ihre Aktivitäten auch stark an deren programmatischen Richtlinien und Weisungen auszurichten pflegen.

Tabelle 10

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven (1984–1989): nach Einbindungsgrad der Ortspartei in die überlokale (=kantonale) Parteiorganisation

		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
<hr/>						
keiner Kantonspartei zugehörig		41	23	5	12	(252)
Grad, in dem sich die Ortspartei an der Linie und am Programm der Kantonalpartei orientiert:	gering	46	24	5	17	(269)
	mässig	54	23	5	13	(1110)
	stark	54	25	5	11	(582)
	sehr stark	55	25	3	16	(171)

Dies zwingt zum Schluss, dass Ortsparteien mindestens nicht an Attraktivität verlieren, wenn sie sich – vielleicht auf Kosten rein lokaler Anliegen – in den Dienst überlokaler politischer Ziele und Aktivitäten stellen, und dass insbesondere viele Frauen jene Lokalparteien vorziehen, die ihnen dank ihrer überlokalen Einbindung den Zugang zur „wirklichen Politik“ eröffnen. Wiederum bestätigt sich hier die Vorliebe der Frauen für Gruppierungen, die ideologisch hoch profiliert sind, ihre kommunale Rolle als sehr „politisch“ verstehen und sich in einer Vielzahl verschiedener sachpolitischer Fragen engagieren (vgl. 3.4).

Man darf also durchaus davon ausgehen, dass es sich bei den meisten der neuen Parteianhänger(innen) um Personen handelt, die sich simultan mit ihrem kommunalpolitischen Commitment auch in einen überlokal orientierten parteipolitischen Ideologie- und Aktionsrahmen eingebunden haben. Es scheint deshalb gerechtfertigt, diesen Neuzufluss *auch* als Substanzgewinn für die Kantonalparteien zu verbuchen und die Voraussage zu wagen, dass diesen in Zukunft ein eher grösseres Rekrutierungsfeld von – vor allem weiblichen – Anhängern zur Verfügung steht, die sich für überlokale Parteifunktionen und/oder öffentliche Mandate gewinnen lassen.

3.6 *Innerparteiliche Partizipations- und Einflussstrukturen*

Als Ursache für wachsende „Parteiverdrossenheit“ werden häufig die rigiden und oligarchischen Strukturverhältnisse vieler etablierter Parteiorganisationen verantwortlich gemacht, die mit einer zunehmenden Nachfrage nach „basisdemokratischer Partizipation“ in immer grösserem Spannungsverhältnis stünden (vgl. z. B. Guggenberger, 1980; 1982).

Die im Zuge des Anwachsens „unkonventioneller Beteiligungsformen“ auftretenden Bürgerinitiativen und Bewegungsgruppen werden als symptomatisch dafür angesehen, dass es jüngeren Bürgerkohorten nicht nur darum geht, neue Werte und Zielsetzungen in die politische Arena hineinzutragen, sondern oft noch mehr: diese mittels neuartiger (nämlich: informellerer und demokratischerer) Formen politischer Gruppenorganisation zu realisieren (vgl. z. B. Poguntke, 1987).

Vor allem scheinen fundamentalistische Positionen auf der „linken“ und „grünen“ Seite des ideologischen Spektrums heute untrennbar mit einer Präferenz für basisdemokratische Entscheidungsverfahren verknüpft, die mit zentralisierter Führerschaft und bürokratischer Professionalisierung gleichermassen unvereinbar sind.

Bei schweizerischen Lokalparteien ist allerdings kaum mit einer besonders starken Ausprägung dieser Problematik zu rechnen, weil sie keinen professionellen Apparat besitzen, auf Grund ihres konkordanzdemokratischen Umfelds keine zentralisierte Führungsstruktur ausbilden und dank ihrer geringen Grösse oft in der Lage sind, allen, die dies wünschen, gewisse Mitwirkungschancen zuzugestehen.

Immerhin unterscheiden sie sich dramatisch hinsichtlich der Breite von formellen Partizipationsmöglichkeiten, die sie ihren gewöhnlichen (d. h. nicht mit irgendwelchen Vorstands- oder Geschäftsleitungsrollen betrauten) Aktivanhängern zur Verfügung stellen. Dieser Grad an „Basisoffenheit“ manifestiert sich einerseits in der Zahl von *allgemeinen Parteiversammlungen*, die jährlich abgehalten werden, sowie in der *Anzahl parteiinterner Arbeitsgruppen*, die es verschiedenen Subgruppen der Anhängerschaft ermöglichen, ihre besonderen Anliegen (z. B. „Frauenfrage“, „Jugendfragen“ oder „grüne Positionen“) zu artikulieren und sich an der Meinungsbildung über spezifischere Sachgebiete oder Projektvorhaben mitzubeteiligen.

Insofern innerhalb der politisch mobilisierbaren Bevölkerungsgruppen momentan tatsächlich ein wachsendes Bedürfnis nach basisdemokratischer Mitwirkung besteht, müsste sich dies darin zeigen, dass Gruppierungen mit

hohem entsprechenden Angebot überdurchschnittlich häufig Anhänger hinzugewinnen.

Tatsächlich zeigt Tabelle 11, dass die Attraktivität lokaler Gruppierungen (bei beiden Geschlechtern, besonders aber bei Frauen) mit wachsender Zahl von jährlichen Parteiversammlungen und ständigen Arbeitsgruppen beträchtlich steigt. Bei sehr hohen Werten beider Variablen gehen die Expansionschancen allerdings wieder zurück, und die Risiken von Anhängerverlusten steigen beträchtlich an. Wahrscheinlich gibt es ein Optimum an Partizipationsgelegenheiten, das dann überschritten wird, wenn

- Parteiversammlungen derart häufig stattfinden, dass sie auch das Zeitbudget engagierter Aktiver ungebührlich belasten;
- Arbeitsgruppen derart zahlreich eingerichtet sind, dass viele von ihnen bloss den Charakter peripherer Diskussionsgruppen haben, die mit der Entscheidungsarbeit im Vorstand in keiner Verbindung stehen.

Zudem mag ein hypertrophisierter „Diskussionsapparat“ zur Folge haben, dass selbst Entscheidungsfindungsprozesse über einfachste Sach- oder Personalfragen ungewöhnlich lange dauern: so dass die Effizienz des Parteiapparats sowie dessen Fähigkeit, im kommunalpolitischen Raum speditiv und wirksam tätig zu sein, beträchtlich sinkt.

Diese Abneigung gegen Ineffizienz und Zeitverschwendung ist möglicherweise ein Grund, warum Männer Ortsparteien vorziehen, in denen der Vorstand insgesamt mehr Einfluss als die Parteiversammlung ausübt und warum sie sich überdurchschnittlich häufig aus jenen Gruppen zurückgezogen haben, in denen das Umgekehrte gilt (Tabelle 11).

Frauen ziehen demgegenüber eindeutig Parteien vor, bei denen sich der Einflusssschwerpunkt auf der Ebene der allgemeinen Anhängerbasis befindet.

Möglicherweise sind Frauen häufiger als Männer darauf angewiesen, allein schon aufgrund ihres Beitritts in den Genuss namhafter Mitwirkungsmöglichkeiten zu kommen: weil sie häufig erst seit relativ kurzer Zeit hinzugestossen sind und nicht darauf hoffen (können), durch Erringung eines formellen Amtes (z. B. eines Sitzes im Vorstand oder in der Geschäftsleitung) höhere Einflusschancen zu gewinnen. Oder anders gesagt: sie meiden oligarchisch geführte Parteien einfach deshalb, weil es sich dabei fast durchwegs um männerdominierte Oligarchien handelt. Denkbar wäre auch, dass Frauen eher geneigt (bzw. darauf angewiesen) sind, Parteiversammlungen als Medium für den Erwerb primärer politischer Kenntnisse und Erfahrungen zu nutzen, die Männer häufig bereits aus ihrer Berufs-, Vereins- oder Verbandsaktivität mitbringen.

Tabelle 11

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven: nach Umfang demokratischer Partizipationsmöglichkeiten und Einfluss der Parteibasis.

		Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
		hinzugewonnen haben		verloren haben		
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Anzahl jährlicher	1	38	19	7	11	(450)
Parteiver-	2	47	20	3	12	(454)
sammlungen	3	53	25	4	13	(341)
	4	59	27	4	10	(415)
	5 oder mehr	57	25	8	16	(872)
Anzahl interne	0	46	20	6	14	(1135)
Arbeitsgruppen	1	51	22	6	13	(487)
	2	63	28	4	9	(387)
	3	64	29	4	10	(214)
	4 oder mehr	51	27	7	13	(309)
Verteilung von	Parteiversammlung					
parteiiinternem	mehr Einfluss	61	23	4	22	(141)
Einfluss	beide gleich	55	24	5	12	(1317)
zwischen						
Parteiver-	Vorstand mehr	52	25	6	10	(506)
sammlung und	Einfluss					
Vorstand						

Jedenfalls ist die Schlussfolgerung angebracht, dass Ortsparteien durch Gestaltung ihrer organisatorischen Binnenverhältnisse gewisse Möglichkeiten haben, um sowohl auf ihre Expansionschancen wie auch auf den Anteil ihrer weiblichen Anhängerschaft planmässig Einfluss zu nehmen.

3.7 *Kompetition mit andern Parteien*

Viele schweizerische Lokalparteien sind an der Expansion ihrer Wähler- und Anhängerschaft nicht sonderlich interessiert, weil sie keinerlei Konkurrenz durch andere örtliche Gruppierungen erfahren. Dies gilt nicht nur für jene ca. 200 meist sehr kleinen Gemeinden, in denen nur eine einzige Ortspartei exi-

stiert, sondern auch für jene ungleich zahlreicheren Kommunen, in denen zwei oder mehr Parteien mittels Wahlabsprachen und anderen kooperativen Massnahmen jegliche Konkurrenz untereinander ausgeschlossen haben.

Wenn man davon ausgeht, dass der Umfang mobilisationsfähiger und partizipationswilliger Bürger (und insbesondere Bürgerinnen) in den letzten Jahren angewachsen ist, so liegt aus vielerlei Gründen die Vermutung nahe, dass es kompetitiven Parteien besser als konkordanten Gruppierungen gelungen ist, aus diesem zusätzlichen Rekrutierungsfeld Nutzen zu ziehen.

Erstens sind konkurrierende Parteien stärker genötigt, zwecks Erhalt ihrer kommunalpolitischen Machtposition vielerlei Aktivitäten zu betreiben, die dem Erwerb von neuen Anhängern dienen (bzw. den Austritt bisheriger Mitglieder verhindern). Vielen mag es dabei vernünftig scheinen, ihre Kräfte vorrangig auf das noch wenig ausgeschöpfte Rekrutierungsfeld der *Frauen* zu konzentrieren, anstatt bereits politisch aktivierte Männer aus anderen Gruppierungen anzuwerben.

Zweitens zwingt die Konkurrenzsituation dazu, gegenüber den am Ort momentan vorherrschenden Meinungen und Stimmungslagen der Bevölkerung responsiv zu bleiben und in sachpolitischer wie personalpolitischer Hinsicht Angebote zu machen, die vielen interessierten Bürgern attraktiv erscheinen und sie zum Mitmachen motivieren.

Drittens kann eine intensivisierte Konkurrenzsituation bewirken, dass grössere Prozentanteile der bereits integrierten Anhängerschaft aktiviert werden: um sich – sei es aus spontanem Antrieb oder auf Appell der Parteileitung – an der Verteidigung der bedrohten Machtposition oder am Hinzugewinn neuer Ämter mitzubeteiligen.

Und schliesslich ist damit zu rechnen, dass ein kompetitives Parteiensystem der gesamten kommunalpolitischen Szene mehr Dynamik und Intensität verleiht: so dass sie bei vielen Bürgern jenes Interesse weckt, das für den Entschluss, selber einer Partei beizutreten, häufig die Voraussetzung bildet (vgl. z. B. Milbrath/Goel, 1977, 132 ff.).

In Übereinstimmung mit diesen Überlegungen zeigen die Ergebnisse, dass eine Ortspartei wenigstens bei den Frauen eher Erfolge verbucht, wenn sie mit anderen lokalen Gruppierungen koexistiert und die grössten Expansionschancen aufweist, wenn sie mit diesen eher kompetitive statt kooperative Beziehungen pflegt (vgl. Tabelle 12).

Im Gegensatz dazu scheinen sich die Männer am meisten von Monopolparteien und am wenigsten von kompetitiven Gruppierungen angezogen zu füh-

len. Allerdings liefen Monopolparteien in der fraglichen Periode auch am meisten Gefahr, männliche (wie auch weibliche) Aktivisten zu verlieren.

Tabelle 12

Veränderungen im Bestand der Parteiaktiven: in Abhängigkeit vom Verhältnis der Partei zu andern Ortsparteien in derselben Gemeinde

	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger				(N)
	hinzugewonnen haben		verloren haben		
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	
keine andern					
Ortsparteien	42	26	13	26	(142)
überwiegend					
Kooperation	50	22	8	13	(218)
teils/teils	57	24	6	13	(962)
überwiegend					
Konkurrenz	56	19	4	14	(71)

Man mag in diesen Befunden eine weitere Bestätigung für die Hypothese sehen, dass Frauen mit dem Beitritt zu einer Partei häufiger als Männer echt „politische“ Motive verbinden (vgl. 3.4) und dementsprechend unter Bedingungen interparteilicher Konkurrenz bessere Entfaltungsmöglichkeiten finden.

Ebenso wäre allerdings denkbar, dass kompetitive Parteien bei den – meist politisch bisher ungebundenen – Frauen ein offeneres Rekrutierungsfeld sehen als bei Männern, die häufiger bereits anderwertig parteipolitisch engagiert sind oder dann zu jenen Gruppen gehören, die überhaupt nicht mobilisierbar sind.

3.8 Formelle Machtposition innerhalb der Gemeinde

Wie sich in Tabelle 13 zeigt, sind es die Ortsparteien mit einem *mittleren* Prozentanteil an Sitzen in der kommunalen Exekutive, die insgesamt die beste Gewinn-Verlust-Bilanz aufweisen.

Bedeutend negativer verlief die Entwicklung einerseits in den völlig minoritären, in den Gemeindebehörden überhaupt nicht vertretenen Gruppierungen, die den geringsten Zuwachs an Frauen und die höchsten Verlustquoten (an Frauen *und* Männern) verzeichnen. Die Gründe dafür liegen

wohl darin, dass sie auf Grund ihrer marginalen Position erstens wenig attraktivitätsfördernde kommunalpolitische Aktivitäten und Erfolge auszuweisen haben und zweitens wohl auf all jene Bürger und Bürgerinnen verzichten müssen, die ihr Engagement innerhalb einer Partei in erster Linie als Mittel zum Erwerb eines öffentlichen Mandats betrachten. Ausserdem fehlt es ihnen an Personen, die auf Grund ihres Behördenamtes öffentliche Reputation gewonnen haben und dadurch für zusätzliche Anhänger als Magnet wirken können.

Tabelle 13

Entwicklung der aktiven Parteianhängerschaften (1984–89): nach Sitzanteil der Ortspartei in der kommunalen Exekutive.

Sitzanteil in der kommunalen Exekutive	Prozentsatz der Ortsparteien, die aktive Anhänger hinzugewonnen haben				(N)
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	
0%	47	26	10	20	(244)
1–20%	49	22	6	15	(505)
21–40%	56	23	5	11	(633)
41–60%	57	26	5	8	(408)
über 60%	52	21	3	13	(147)

Andererseits haben auch sehr dominierende, mit einer satten absoluten Mehrheit von über 60% regierende Lokalparteien relativ häufig stagniert bzw. (männliche) Aktive verloren. Wahrscheinlich sehen sich Parteien mit unbestrittener Majoritätsstellung (wie z. B. viele kommunale CVP-Sektionen in katholischen Landesteilen) weniger als andere genötigt, um mehr Anhänger zu werben; und die Anhänger selbst mögen weniger Anlass sehen, durch aktiven Einsatz zur Bewahrung oder gar zum Ausbau dieser Vormachtsposition (die im Rahmen schweizerischer Konkordanzdemokratie ohnehin Spannungen und Legitimationsprobleme mit sich bringt) beizutragen.

Parteien in mittlerer Erfolgs- und Bedrohungslage besitzen hingegen insofern bessere Voraussetzungen für eine günstige Anhängerentwicklung, als sie einerseits in der Lage sind, ihren Mitgliedern attraktive politische Mobilitätsperspektiven zu eröffnen und andererseits dauernd eine hohe Aktivität aufrechterhalten müssen, um diese Stellung beizubehalten und trotz minoritärer Position die Kommunalpolitik wesentlich mitzubestimmen.

4. Zusammenfassung

Selbst wenn man unterstellt, dass die Auskünfte der lokalen Parteipräsidenten eine zu optimistische Beurteilung der Entwicklung bieten (vgl. Abschnitt 2), erscheint die Schlussfolgerung gerechtfertigt, dass sich in den Jahren 1984 bis 1989 eher eine Expansion (anstatt eine Kontraktion) der Schweizer Parteianhängerschaften vollzog. Ähnlich wie in Deutschland und Österreich kann man also auch bei den Schweizer Parteien (noch) nicht davon sprechen, dass die erodierenden Parteiloyalitäten bei den Wählern von einem analogen „Dealignment“ bei den aktiven Kernmitgliedern begleitet würde.

Im Gegenteil lässt sich auf breiter Front eine gewisse Tendenz zum Anwachsen dieser aktiven Kerngruppen konstatieren, über deren quantitatives Ausmass die verfügbaren Zahlen allerdings keine Auskunft geben.

Zum überwiegenden Teil wird diese Expansion von den *Frauen* getragen, die auch 15–20 Jahre nach Gewährung des Stimmrechts immer noch in einer Phase *politischer Primärmobilisierung* zu stehen scheinen: im deutschen Sprachraum noch etwas ausgeprägter als etwa im Kanton Tessin, wo die Zuwachsraten weiblicher Parteigänger bereits erheblich abzuflachen scheinen.

Bei den Männern hat ein vergleichsweise viel bescheidener, aber ebenfalls deutlich konstatierbarer Zuwachs stattgefunden, da den 326 Gruppierungen mit Männerverlusten fast doppelt so viele (593) gegenüberstehen, die auch hier Gewinne verbuchten.

Auffällig ist, wie breit sich diese expansive Tendenz über beinahe das gesamte Spektrum von Parteirichtungen und ideologischen Positionen erstreckt. Vor allem lässt sich kaum Unterstützung für die häufig formulierte These finden, dass sich der Schwerpunkt parteipolitischer Aktivität von etablierten grossen zu (neuen) Kleinparteien verlagere: weil sowohl „grüne Gruppen“ wie beispielsweise auch die EVP, die Ortsvereine und die „Freien Wählergruppen“ – von der PDA und der SAP ganz zu schweigen – keine besonders positiven Entwicklungen verbuchten. Eher noch lässt sich eine leichte Gewichtsverschiebung von links nach rechts registrieren, die im spektakulären Rekrutierungserfolg der SVP, im Stagnieren der SP und im Mitgliederschwund linksextremer Parteien ihren Ausdruck findet.

Solche ideologischen Verschiebungen wären viel akzentuierter ausgefallen, wenn ausschliesslich Männer (die rechtsstehende gegenüber linksorientierten Parteien eindeutig bevorzugen) hinzugekommen wären. Mit ihrer entgegengesetzten Präferenz für linke und grüne Gruppierungen haben die Frauen sehr viel zur Reäquilibrierung dieser Gewichtsverlagerung beigetragen und es zahl-

reichen Parteien ermöglicht, ihren Bestand an Aktiven ungefähr auf dem selben Niveau zu halten.

Die plausibelste Erklärung für dieses divergierende Verhalten beider Geschlechter besteht wohl darin, dass die kürzlich in Parteien aktiv gewordenen Frauen häufig (noch) von Sozialisationserfahrungen in progressiven sozialen Bewegungen und ökologischen Initiativgruppen geprägt sind, während bei den Männern (bereits) eine „rechte Gegenmobilisierung“ im Gange ist, die sich – wie beispielsweise auch die Autopartei – vorrangig gegen „grün eingefärbte Linkspositionen“ richtet.

Insgesamt überwiegen aber unspezifische, auf alle Parteien in ähnlicher Weise einwirkende, Expansionsfaktoren. So haben in praktisch sämtlichen Parteien mindestens 40% aller Ortssektionen weibliche Mitglieder hinzugewonnen (und ihren durchschnittlichen Frauenanteil dadurch generell auf über 25% erhöht), und auch hinsichtlich ihres *Männerbestandes* haben alle Parteien ausser der PDA, SAP und der „lokalen Grünen“ häufiger Gewinne als Verluste zu verbuchen.

Abgesehen von Kräften allgemeiner politischer Mobilisierung (die vor allem bei den – bisher unzweifelhaft unterpolitisierten – Frauen in Rechnung zu stellen sind), ist bei der Erklärung dieses Phänomens wohl auch an exogene Einflüsse zu denken, die im Wandel demographischer Strukturen ihre Ursachen haben.

So ist zu bedenken, dass im untersuchten Zeitraum die Angehörigen überaus geburtenstarker Jahrgänge (vor 1965) in jene Altersphasen eingetreten sind, in denen es gemeinhin üblich ist, einer politischen Partei beizutreten. Deshalb gibt es nicht genügend Anlass, um von einer „neuen Integrationsbereitschaft“ oder einem generalisierten politischen Remobilisierungstrend zu sprechen. Im Gegenteil müsste die Frage ernsthaft diskutiert (und durch zusätzliche Forschungen beantwortet) werden, ob solche demographischen Wandlungen nicht umfangreich genug seien, um einen gewissen Trend zum Dealignment temporär überzukompensieren.

Keinen Zweifel gibt es hingegen darüber, dass die parteipolitische Mobilisierung der Frauen momentan weitgehend anderen Bedingungen unterliegt als diejenige der Männer.

Nur für Frauen gilt beispielsweise, dass sich die zusätzliche Mobilisierung stark auf grössere (besonders: urbane) Gemeinden konzentriert, während der Neuzufluss an Männern sich gleichmässiger auf Gemeinden aller Grössenklassen verteilt. Dieses Ergebnis ist mit der Hypothese konsistent, dass sich der Zuwachs an Männern allein aus demographischen (und damit: ziemlich kontext-

indifferenten) Faktoren erklärt, während bei den Frauen selektive Mobilisierungsfaktoren zur Geltung gelangen, die im urbanen Raum stärker als auf dem Lande wirksam sind (z. B. ein weniger traditionelles Rollenverständnis oder ein höheres Niveau politischer Information).

In dieselbe Richtung deutet das Ergebnis, dass ausschliesslich die Frauen sich überdurchschnittlich stark zu jenen Parteien hingezogen fühlen, die ein *echt politisches Verständnis ihrer Rolle* aufrechterhalten, nach innen eine *rege politische Diskussionstätigkeit* und nach aussen eine *aktive öffentliche Selbstdarstellung* betreiben, die in vielen verschiedenen Politikbereichen *eigene Initiativtätigkeit* entfalten, durch ihre Integration in die Kantonalpartei die *Lokalpolitik mit der „grossen Politik“ verknüpfen* und mit andern Lokalparteien in einem *Konkurrenzverhältnis* stehen. Nur durch Ausformulierung ihrer Ziele in einem *Aktionsprogramm*, durch *Eigeninitiative in einigen wenigen kommunalpolitischen Sachbereichen* (z. B. in der „Ortsplanung“ und der „allgemeinen Gemeindeentwicklung“) sowie durch ein *erweitertes Angebot an internen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten* scheint es einer Ortspartei zu gelingen, ihre Attraktivität *auch* gegenüber dem männlichen Geschlecht wesentlich zu erhöhen.

Insgesamt verfestigt sich dadurch der Eindruck, dass mit zunehmender Integration der Frauen in die Parteipolitik nicht nur eine leichte „Linksverschiebung“ der Parteienlandschaft, sondern eine generellere Belebung der politischen Szene einhergeht: weil die politisch engagierteren, initiativeren und kompetitiveren Gruppierungen unverhältnismässig viel neuen Zulauf erhalten.

Schliesslich liefern die Ergebnisse keinerlei Unterstützung für die häufig vorgebrachten Hypothesen, dass etablierte Parteien mit vielfältigen Anliegen und Zielen zugunsten von „Einthemenparteien“ an Boden verlieren würden, oder dass momentan ein überdurchschnittliches Anwachsen rein lokalpolitischer Partizipation im Gange sei, die in unmittelbarer „subjektiver Betroffenheit“ und sinnlich wahrnehmbaren Problemlagen ihre Nahrung finde. Das Vordringen der *Frauen* hat vielmehr zur Folge, dass sich das Pendel gegenwärtig eher in umgekehrter Richtung bewegt.

LITERATURVERZEICHNIS

- ALTERMATT Urs (1986), „Die Wirtschaftsflügel in der CVP: die ‚dynamische Mitte‘ unter Druck“, in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 63–88.
- ARZBERGER Karl (1980), Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik, Kohlhammer, Stuttgart.

- DALTON Russel J., FLANAGAN S. C. (1984), "Electoral Change in Advanced Industrial Democracies", in BECK Paul Allen, eds., Princeton University Press, Princeton N. J., 3–22.
- ELDERSVELD Samuel J. (1981), The Party Activist in Detroit and Los Angeles; a longitudinal view 1956–1980, Paper presented at the annual meeting of the APSA, New York.
- ENGELER Urs Paul (1986), „Personalverbindungen zwischen Altparteien und neuer Politik“, in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 225–242.
- FALKE Wolfgang (1982), Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU, 1971–77, Duncker & Humblot, Berlin.
- GESER Hans (1987), Zur komparativen Soziologie der kommunalen Parteien (unveröffentl. Manuskript).
- GESER Hans (1990), Links und Rechts, Gauche et Droite, Sinistra et Destra. Eine unverwüstliche Begriffspolarität im intersprachlichen Vergleich, Manuskript, Zürich.
- GESER Hans (1991), „Organisierte Gruppen in der Gemeindepolitik“, in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 31, Haupt Verlag, Bern.
- GUGGENBERGER Bernd (1980), Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, Kohlhammer, Stuttgart.
- GUGGENBERGER Bernd (1982), „Bürgerinitiativen, Krisensymptom oder Ergänzung des Systems der Volksparteien?“, in RASCHKE Joachim, Hrsg., Bürger und Parteien, Westdeutscher Verlag, Opladen, 190–216.
- GÜLLNER Manfred, MARVICK Dwaine (1977), „Aktivisten in einer Parteihochburg: zum Beispiel Dortmund“, in Wahlforschung, Sonden im politischen Markt, Transfer 2, Westdeutscher Verlag, Opladen, 2. Auflage, 121–132.
- INGLEHART Roland (1989), Kultureller Umbruch, Wertwandel in der westlichen Welt, Campus, New York/Frankfurt
- JOYE Dominique, PAPADOPOULOS Ioanis (1986), «La mobilisation partisan est-elle en en crise?», in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 47–62.
- KAASE Max (1982), „Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?“, in RASCHKE Joachim, Hrsg., Bürger und Parteien, Westdeutscher Verlag, Opladen, 173–189.
- KÜCHLER Manfred (1982), „Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?“, in RASCHKE Joachim, Hrsg., Bürger und Parteien, Westdeutscher Verlag, Opladen, 39–54.
- LEHMBRUCH Gerhard (1979), „Der Januskopf der Ortsparteien“, in KÖSER Helmut, Hrsg., Die Bürger in der Gemeinde, Hoffmann und Campe, 320–334.
- LEHNER Franz (1979), Grenzen des Regierens, Eine Studie zur Regierungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien, Athenäum, Königstein/Ts.
- LEVY Réne, ZWICKY Heinz (1984), „Politische Partizipation und neuere Aktionsformen“, in KLÖTI Ulrich, Hrsg., Handbuch politisches System der Schweiz, Band 24, Haupt Verlag, Bern/Stuttgart, 279–309.
- LONGCHAMPS Claude (1987), „Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wählerverhaltens“, in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 27, Haupt Verlag, Bern, 51–72.
- LONGCHAMPS Claude, LINDER Wolf (1989), „Parteibindungen, Parteiimages und Konflikte bei Verkehrsabstimmungen“, UNIVOX-Jahresbericht, Direkte Demokratie, Bern 1989.
- MICHEL-ALDER Elisabeth (1966), „Von Frauenfragen, Parteifrauen und den männlichen Mühlen schweizerischer Politik“, in Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 151–169.

- MILBRATH Lester, GOEL M. L. (1977), *Political Partizipation*, Rand McNally, Chicago.
- NEIDHART Leonhard (1986), „Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien“, in *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Band 26, Haupt Verlag, Bern, 21–46.
- NIEDERMAYER Oskar (1989), *Innerparteiliche Demokratie*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- PAPPI F. U. (1977), „Sozialstruktur, Gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht“, *Politische Vierteljahresschrift*, 18, 195–229.
- PETER Colette (1990), *Die Parteileitung beantragt zuhanden der Basis...*, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Zürich
- PLASSER Fritz (1987), *Parteien im Stress*, Böhlau, Wien.
- POGUNTKE Thomas (1987), „The organization of a participatory party – the German Greens“, *European Journal of Political Research* 15, 609–633.
- SCHLESINGER Joseph A. (1968), „Political Parties I. Party Units“, *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol. 11, MacMillan/Free Press, London/New York, 428–436.
- SKARD Torhild (1983), „Women in the Political Life of the Nordic Countries“, *International Social Science Journal* 35, 639–657.
- SMITH Gordon (1984), „Europäische Parteiensysteme – Stagnation einer Entwicklung?“, in FALTER Jürgen W., FENNER Christian, GREVEN Michael Th., Hrsg., *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- UEHLINGER Hans-Martin (1985), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- WIESENDAHL Elmar (1984), „Wie politisch sind politische Parteien?“, in FALTER Jürgen W., FENNER Christian, GREVEN Michael Th., Hrsg., *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Westdeutscher Verlag, 78–88.